

Nationale Erneuerung?

Autor(en): **Schindler, Dietrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **1 (1933-1934)**

Heft 6

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-758390>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nationale Erneuerung?

von Dietrich Schindler

Es gibt politische Erscheinungen, die man von vorneherein als wertvoll begrüßt oder als verderblich ablehnt. Es gibt aber auch solche, die in sich so vielgestaltig und widerspruchsvoll sind, daß das Urteil zwischen Zustimmung und Ablehnung schwankt. Zu dieser Kategorie gehören die politischen Strömungen, die, ausgelöst durch die deutsche Umwälzung des letzten Frühjahres, die Schweiz erschüttern. Es ist alles noch so in Bewegung, daß sich wenig klare Linien abzeichnen; man weiß noch nicht, ob der politische Strom, der so viele Gebiete überschwemmt hat, anhalten, weiter steigen oder schließlich versiegen wird, noch kann man sicher voraussagen, ob er das Land fruchtbar machen oder dem Volke gefährliche Fieber bringen wird. Das hängt davon ab, ob in den Bewegungen wirklich gestaltende Kräfte gegenüber agitatorischer Mache sich durchsetzen können, ob starkes und kluges Wollen gegenüber Fanatismus, wirkliche Kenntnis der Dinge gegenüber Dilettantismus, uneigennütziges Verfolgung des sachlichen Zieles gegenüber persönlichem Geltungsbedürfnis die Oberhand gewinnt.

Die politische Erregung, welche die deutsche Umwälzung in unserem Lande zum Ausbruch gebracht hat, war für alle eine große Überraschung. Wie konnte eine Bewegung, wie die nationalsozialistische, die uns doch in verschiedener Hinsicht so völlig fremd ist und die sich aus innenpolitischen und außenpolitischen Verhältnissen heraus entwickelt hatte, die sich mit den unsern nicht vergleichen lassen, bei uns eine so anfeuernde Wirkung ausüben? Es wäre falsch, anzunehmen, die besondere staatsrechtliche Form, die der Nationalsozialismus Deutschland gegeben hat, erwecke die Begeisterung manches Schweizers. Diktatur und totaler Staat sind den meisten

Schweizern in der Seele zuwider. Was aber an der deutschen Umwälzung bei uns zündete, war das für die heutige Generation ganz neue Erlebnis eines staats-schöpferischen Aktes. Wie dieser Staat im einzelnen aussehen werde, wußte man vorerst noch nicht, und es spielte auch keine wesentliche Rolle, denn das Unerhörte lag darin, daß das Volk sich in seiner Mehrheit zu einer radikalen, Staat und Gemeinschaft bejahenden Auffassung bekannt hatte. Daß diese Zustimmung vom Volk ausgegangen war, gab den Anfängen der Regierung Hitlers in den Augen der Schweizer eine bessere Legitimation als den Anfängen der Regierung Mussolinis, der eine solche Zustimmung gefehlt hatte. Die Begeisterung, die in Deutschland die Eröffnung des neugewählten Reichstages am 21. März begleitete, mußte in manchem Schweizer die Frage nahelegen: «Ist unser Volk auch noch fähig, sich in ähnlicher Weise für seinen Staat zu entflammen?» Die Skepsis mochte dabei gegenüber der Allgemeinheit der Begeisterung in Deutschland und der Art wie sie zustande gekommen ist, noch so viel — wohl berechnete — Vorbehalte machen, es blieb doch die schmerzlich empfundene Tatsache, daß unser Volk ein Staatserlebnis von ähnlicher Wucht und Tiefe schon lange nicht mehr erfahren hat. Der Entbindung und Ballung politischer Energien in Deutschland konnte die Schweiz nichts Ähnliches an die Seite setzen. Das war es, was nun viele Schweizer, die sich bisher um öffentliche Dinge wenig bekümmert hatten, auf den Plan rief. Diese plötzlich politisierten Scharen suchten für dieses Neue, noch nicht Dagewesene naturgemäß Ausdruck in neuen Formationen, oder sie strömten solchen politischen Gebilden zu, die bisher ein etwas sektenhaftes Sonderleben geführt hatten. Daß auch innerhalb der bestehenden politischen Parteien die durch die Lethargie der breiten Massen lange gehemmte, aber latent vorhandene Energie frisch aufflammen konnte, ist nur zu begreiflich.

Die nationale Erneuerungswelle in unserem Volke ist eine in ihrem Kern gesunde und erfreuliche Erscheinung. Das Bezeichnende liegt nicht nur darin, daß neue Volkskreise politisiert worden sind, sondern es liegt noch mehr in der Tatsache, daß nun einmal Politik mit neuen Schichten der menschlichen Seele gemacht wird. Es ist denn auch bezeichnend, daß die Hauptträger der Bewegung vorerst Leute waren, die vom Räderwerk der praktischen Politik noch nicht erfaßt worden waren und die deshalb aus Impulsen handeln konnten, die von den routinemäßig festgefahrenen Motiven

der politischen Parteien verschieden waren. Denn die Parteien hatten die psychologischen Möglichkeiten der Politik nicht erschöpft. Nun brach auf, was bei ihnen zu kurz gekommen war: eine urwüchsige Emotionalität, ein frischer Drang nach politischer Tat, eine Lust, sich politisch zu berauschen und für ein Ziel einzusetzen.

Aber einem solchen allgemeinen Impuls Ausdruck zu geben und praktisch Politik zu treiben, sind zwei verschiedene Dinge. Nichts ist schwieriger, als vage Gefühlsströmungen in eine entsprechende konkret-politische Form zu gießen. Das macht sich bereits deutlich bemerkbar. Durch die Fehler einzelner Fronten und den durchaus berechtigten Widerstand der politischen Parteien ist bereits ein Streit entstanden, in dem das Positive und Aufbauende in der gegenseitigen Befehdung verloren zu gehen droht, ein Streit, aus dem weder die Parteien, noch die Fronten und am wenigsten das Land als Ganzes irgendeinen Nutzen ziehen.

Wenn die Bewegung der «nationalen Erneuerung» zu einem positiven Resultat und nicht zu einer weiteren Verwirrung des politischen Lebens führen soll, so muß man sich über die bisherige Situation und über die Möglichkeiten einer innern Auffrischung unseres schweizerischen öffentlichen Lebens Rechenschaft geben.

*

Daß der Giftstoff der Klassenverhetzung aus unserem öffentlichen Leben ausgeschieden werden muß, ist heute die gemeinsame Überzeugung aller bürgerlichen Parteien und Fronten, ja es scheinen sich sogar die gemäßigten Kreise der Sozialdemokratie im verstohlenen dazu zu bekennen. Was an Schürung des Klassenhasses bei uns geleistet worden ist, ist ungeheuerlich. Unser tüchtiges, ernsthaftes und arbeitsames Bürgertum hat an täglichen Beschimpfungen, Verleumdungen und perfider Verdrehung seiner Absichten Unglaubliches über sich ergehen lassen müssen. Die lex Haeberlin, mit der die für den Staat schlimmsten und gefährlichsten Auswüchse hätten bekämpft werden sollen, ist im Jahre 1922 in der Volksabstimmung durch die Sozialisten verworfen worden, unter Mitwirkung des links gerichteten Bürgertum, das in einem sehr unangebrachten Optimismus glaubte, das Gute und Anständige werde sich, auch gegenüber der schlimmsten Verhetzung, von selbst durchsetzen. Das Bürgertum hat sich über das Wesen und die raffinierte Technik des Klas-

senkampfes kaum je eine deutliche Vorstellung gemacht.¹ Der Klassenkampf ist nicht das Werk einiger individuell bössartiger Journalisten und Politiker, sondern etwas viel Wichtigeres, es ist das eigentliche Kernstück des Marxismus und der marxistischen Politik im bürgerlichen Staat. «Das Marxsche System wurde errichtet, um dem Prinzip des Klassenkampfes Geltung zu verschaffen» (Sombart). Marx und zahlreiche Marxisten, im besonderen die Bolschewisten, haben dafür in zerstörerischer Leidenschaft die intellektuellen Waffen geschmiedet. Journalisten und Politiker haben sie mit Virtuosität und instinktsicherer Kenntnis der dunkeln Masseninstinkte benutzt. Der Zerstörungsfeldzug richtete sich gegen die politischen, ökonomischen und geistigen Grundlagen der sogenannten «bürgerlichen Gesellschaft»; in Wirklichkeit traf er die Lebensnotwendigkeiten jeder Gesellschaft überhaupt. Das ist der «Marxismus», gegen den sich die entschiedene Abwehr des Bürgertums und der Fronten vernünftigerweise zu richten hat; aber selbstverständlich ist nicht die Arbeiterschaft als solche zu bekämpfen, die mit Marxisten und Marxismus nicht gleichgesetzt werden darf. Die Wirkungen des Klassenkampfes sind, weit über die Arbeiterschaft hinaus, ungemein tiefgreifend. Er ist es in erster Linie, der den Glauben an den liberal-demokratischen Staat zerstört hat, nicht nur bei den Marxisten, sondern auch bei ihren Gegnern, denn diese erkannten nur zu deutlich, daß mit zunehmendem Erfolg der Klassenkampfhetze das liberal-demokratische Gemeinwesen allmählich zerbröckelte. Die Praxis des Klassenkampfes ist es vor allem, die jeder Forderung auf Einschränkung der politischen und geistigen Freiheiten die wirkungsvollsten Argumente in die Hand spielt.

Zur Ehre der heute so viel verlästerten liberalen Demokratie muß aber gesagt werden, daß sie dem Klassenkampfgift am längsten Widerstand geleistet hat, jedenfalls soweit es sich um eine im Volke verwurzelte Demokratie handelt, wie in der Schweiz, Frankreich, den Vereinigten Staaten und (es darf auch hierher gezählt werden) England. Zwar wurden die Klassenhetzer äusserlich meist sehr sachte behandelt, man suchte sie in der Regel dadurch unschädlich zu machen, daß man sie ignorierte; das konnte so lange angehen, als die

¹ Man lese nach, was Sombart in «Der proletarische Sozialismus» über die sozialistische Propaganda ausführt (10. Aufl., Bd. II, S. 169—215). Trotzdem seine Darstellung durch die schweizerische Erfahrung vollauf bestätigt wird, wollte bei uns kaum jemand die Dinge so sehen, wie sie sind.

im stillen wirkenden regenerativen Kräfte stärker waren als das zersetzende Gift. Aber diese Kräfte können doch einmal erlahmen, und dann ist es nötig, daß von außen her, auf öffentlichem, politischem Wege zum Rechten gesehen wird; entweder geschieht das durch die Demokratie selbst, indem sie die erforderlichen Gesetze erläßt, oder dann führt der Zustand des drohenden Zerfalles des Gemeinwesens — wenn es wenigstens auf der andern Seite noch Leute von Rückgrat gibt — zu einem totalen Umschwung, wie in Italien und Deutschland.

Es soll nun noch näher dargelegt werden, weshalb mit zunehmendem Erfolg der Klassenkampfhetze das liberal-demokratische Gemeinwesen allmählich zerbröckelte. Die liberale Demokratie ist nicht an und für sich gut oder böse. Sie beruht — wie jede Staatsform — auf ganz bestimmten Voraussetzungen, die vor allem sozialpsychischer Natur sind. Ich habe an anderer Stelle diese Voraussetzungen dargestellt. Hier sei nur ein Punkt berührt. Wenn in der liberalen Demokratie versucht wird, auf dem Wege der öffentlichen Diskussion (in der Presse, in Versammlungen, Parlamenten) die politischen Fragen der für das Gemeinwohl besten Lösung entgegenzuführen und auf diesem Wege den nötigen Kontakt zwischen Regierung und Volk herzustellen, so beruht das auf der Voraussetzung, daß eine fruchtbare Diskussion überhaupt stattfinden kann. Meinungsverschiedenheiten schaden dabei nichts, im Gegenteil braucht es sie für eine fruchtbare Auseinandersetzung und die Findung einer sowohl sachlich guten wie auch für möglichst breite Kreise annehmbaren Lösung. Aber die Meinungsverschiedenheiten müssen auf einer gemeinsamen Diskussionsbasis ausgetragen werden können und es müssen diejenigen Kampfregeln beachtet werden, die zwar nirgends geschrieben sind, aber jedem Menschen von anständiger Gesinnung einleuchten. Das ist nicht der Fall, wenn einer der Kämpfenden seinen Gegner ökonomisch, politisch und geistig vernichten will. Der Wille zur Vernichtung und Zerstörung hat im Kräftespiel des demokratischen Staates keinen Platz. Wer sich von jeder gemeinsamen Diskussionsgrundlage radikal entfernt, wer die Kampfregeln, ohne deren Innehaltung die öffentliche politische Auseinandersetzung zur Absurdität wird, konsequent mißachtet, wer damit eine der elementaren Voraussetzungen der liberalen Demokratie über den Haufen wirft, hat keinen Anspruch darauf, unbeschränkt im Genuß der politischen Rechte und

Freiheiten zu bleiben, die nur auf Grund jener Voraussetzungen sinnvoll sind. Es ist ein Gebot staatlichen Selbstschutzes, entsprechende Bestimmungen zu erlassen, so z. B. eine Vorschrift des Inhalts, daß derjenige von der Mitgliedschaft in Behörden ausgeschlossen wird, der einer Vereinigung angehört, die den gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung bezweckt. (Wie die im Kanton Zürich durchgeführte und in andern Kantonen aufgenommene Volksinitiative verlangt.) Der Verzicht des demokratischen Staates auf derartige Maßnahmen bedeutet faktisch eine Prämierung des politischen Lummel- und Verbrechertums.

*

Doch genügt es nicht, die schlimmsten politischen Schädigungen aus unserem Volkskörper zu entfernen, noch wichtiger ist die Entbindung und zweckmäßige Leitung der positiv aufbauenden Kräfte. Daß die Erneuerungsbewegung neue emotionale Kraft der Politik zuströmen läßt, ist wertvoll. Es scheint mir, daß die Stoßkraft dieser Bewegung nicht ausländischem Einfluß zugeschrieben werden darf, sondern schweizerisch autochthonen Ursprungs ist; denn da seit Jahren die politischen Parteien und die Presse nicht mehr vermocht hatten, tiefere politische Kräfte wachzurufen, hatte sich allmählich eine ungenutzte Energie angesammelt, die nun unter der vom Ausland ausgehenden Erschütterung losbrach. Aber gerade weil es sich da gleichsam um unbearbeiteten politischen Rohstoff handelte, unterlag die Bewegung der Gefahr, sich Formen beizulegen und Tendenzen zu verfolgen, die sie von anderswoher übernahm. Das Beispiel des deutschen Nationalsozialismus wirkte auf manchen so suggestiv, daß die grundlegenden Unterschiede zwischen der Schweiz und Deutschland übersehen wurden. Dabei ist die Anlehnung in den äußeren Formen des Auftretens wenig gefährlich. Bedenklicher wäre es, wenn Anschauungen bei uns Anhänger finden sollten, die dem inneren Wesensgesetz unseres Staates widersprechen, wie Rasse-theorien oder die Theorie des totalen Staates, der nicht nur jeden Föderalismus unmöglich machen, sondern auch mit der Gleichschaltung jede geistige Toleranz in öffentlichen Dingen beseitigen würde. Ganz schlimm wäre es, wenn dadurch, daß die Frontenbewegung beim Nationalsozialismus geistige Anleihen machte, bei unserem nördlichen Nachbarn der Eindruck entstehen würde, die deutsche

Schweiz harre darauf, im Dritten Reich aufzugehen. Dies liegt für den Deutschschweizer allerdings so sehr jenseits der politischen Möglichkeiten, daß es überflüssig wäre, darüber ein Wort zu verlieren, wenn nicht einige politische Phantasten in Deutschland mit solchen Gedanken spielen würden.

Zwei andere Gefahren bedrohen die nationale Erneuerung von innen, vom Geistigen her: die Demagogie und ihre edlere Zwillingsschwester, die politische Mystik. Die eine wie die andere stellt die Schweiz als Demokratie in Frage. Denn sowohl Demagogie wie Mystik schließen, von einem gewissen Intensitätsgrad an, die sachliche Erörterung politischer Probleme in der Öffentlichkeit aus. Wer sich durch den Demagogen oder den Mystiker hinreißen läßt, verliert das eigene politische Urteil, die Voraussetzung der Demokratie; er ist seiner politisch nicht mehr selbst Herr, sondern das Werkzeug eines anderen. In der öffentlichen Auseinandersetzung tritt an Stelle der Argumentation die Suggestion; es entscheidet nicht das Gewicht der Gründe, sondern die magische Kraft des Propagators. Der objektiv gültige Maßstab des politischen Verhaltens, dem der liberal-demokratische Staat sich immer anzunähern trachtet (diesem Zweck will ja seine staatsrechtliche Organisation dienen), verschwindet vor dem gefühlsmäßig eingegebenen. Vielleicht kann das Volk in dieser Weise am stärksten und tiefsten gepackt werden, aber es wird gerade dadurch unfähig zum politischen Handeln aus eigenem Urteil, denn die praktische Folge dieses Zustandes ist, wie die Erfahrung mehrfach zeigt, die Diktatur.

Die Versuchung, Demagogie zu treiben, ist bei jeder Bewegung vorhanden, die in die Breite wirken will. Die demagogische Aufpeitschung von Mißtrauen, Neid, Haß und Verachtung ist sehr leicht und immer wirksam. Die heutige Welt ist so kompliziert und es sind so viele, die mit irgend etwas glauben unzufrieden sein zu müssen (nur nicht mit sich selbst), daß eine auf die Weckung der Affekte berechnete Mißdeutung der Wirklichkeit sehr einfach ist. Aber etwas Positives kann so nicht geschaffen, sondern höchstens Bestehendes zerstört werden. Die vermeintlichen Mängel der Politik liegen meistens nicht am schlechten Willen der Regierenden, sondern zum überwiegenden Teil an unabänderlichen sachlichen Gegebenheiten, die durch eine maßlos überhebliche Kritik nicht beseitigt werden, ja denen eine solche Kritik nur neue Schwierigkeiten hinzufügt.

Die politische Mystik scheint die Form zu sein, in der weite Kreise des deutschen Volkes erst zum politischen Bewußtsein geweckt und mit politischem Willen ausgestattet werden konnten. Wer das deutsche politische Schrifttum durchsieht, ist erstaunt, wie, im Gegensatz zur angelsächsischen und französischen Literatur, die Anschauung des normal funktionierenden liberal-demokratischen Staatswesens und seiner täglichen Probleme fast völlig fehlt. Liberalismus und Demokratie sind beinahe nur von der pathologischen Seite her bekannt. Es fehlt die Erfahrung des Volk und Staat durchziehenden ruhigen politischen Kraftstromes, in dem wir mit der gleichen Selbstverständlichkeit leben, wie der Fisch im Wasser. Statt durch Anschauung, die aus dem täglichen Kontakt mit konkreten Problemen geschöpft ist und deshalb wirklichkeitsnahe und nüchtern bleibt, kommt der Deutsche zu einer staatlich-politischen Meinungsbildung und zum politischen Erlebnis meist erst auf dem Umwege über eine starke intellektuelle oder emotionale Anstrengung. Dies ist gewiß durch die heutige schwierige innen- und außenpolitische Lage mitbedingt, aber diese psychologische Eigenart ist mit ein Grund dafür, daß Deutschland so schwer sein politisches Gleichgewicht findet. Dies ist auch die Erklärung für die Einseitigkeit des politischen Urteils, der man nicht selten bei sonst gebildeten und ernsthaften Deutschen begegnet. Andererseits hat die Notwendigkeit der geistigen Auseinandersetzung auf staatstheoretischem Gebiet zu einer bemerkenswerten intellektuellen Durchdringung politischer Probleme geführt und eine Reihe wertvoller Einsichten zutage gefördert. Es seien vor allem die Schriften von Carl Schmitt genannt. Diese können auch von uns mit Gewinn verwertet werden, die wir solchen Problemen — die uns allerdings nicht in dem Maße wie den Deutschen auf den Nägeln brannten — lange Zeit wenig Verständnis entgegenbrachten; freilich darf nie vergessen werden, daß jene Einsichten, trotz allgemeiner Formulierung, stark durch die besonderen deutschen Verhältnisse der letzten Jahre bedingt sind.

Diese Anstrengung zeigt sich auch in der Mystifizierung von allem, was mit Staat, Politik, Gemeinschaft, Geschichte, Raum und Volk zusammenhängt. Der Appell an die tiefsten menschlichen Seelenkräfte mag notwendig sein, um den inneren Zerfall eines Volkes zu überwinden. Aber es ist eine gefährliche Übertreibung, wenn nun das Politische alle ihm bisher gesetzten Schranken sprengt, das ganze Geistes- und Gemütsleben überflutet und zum Religionsersatz wird.

Es ist verfehlt, in einer radikalen Politik den Ausweg aus weltanschaulicher Zerfahrenheit zu suchen, wie es heute viele Menschen tun. Gewiß beruht eine fruchtbare Politik auf Weltanschauung, aber sie ist nicht Weltanschauung, denn diese greift weit über das Politische hinaus. Wenn das Politische zur schlechthin letzten Instanz gemacht wird, so führt das dazu, daß es mit dem Anspruch des Absoluten auftritt und gläubige Hingabe verlangt, daß das politische Gemeinwesen orthodox wird und mit staatlicher Gewalt die als Häresie erklärten abweichenden politischen Ansichten vernichtet. Unvermeidlich ist, daß dann auch die Kirchen in enge Abhängigkeit von der staatlichen Gewalt gebracht werden. Das ist der «totale Staat» nach der geistigen Seite hin.

Eine solche Gestaltung bedeutet eine gefährliche Verschiebung der natürlichen Werteordnung. Es scheint oft, als ob die jahrzehntelange Ebbe des Religiösen zu Ende gekommen sei, aber nicht in erster Linie zugunsten der Religion, sondern zugunsten des Politischen. Die Säkularisierung der religiösen Gefühle, ihre Übertragung auf die Sphäre des Staatlichen, kann vielleicht in einem gegebenen Augenblick Großes bewirken, aber als Dauerzustand führt sie zur Zerstörung von Staat und Volksgemeinschaft. Staat und Volksgemeinschaft können dann gedeihen, wenn sie nicht als das Höchste und Letzte (im philosophischen Sinn) gesetzt, sondern selbst einem höheren Wert untergeordnet werden. Die Vergottung des Staates oder des Volkstums, einer politischen Doktrin oder eines anderen politischen Wertes schafft Ungeheuer, denn sie bewirkt eine maßlose Überschätzung von Dingen, die ihrem Wesen nach unvollkommen sind und immer der Ergänzung oder Korrektur durch etwas anderes bedürfen. Es gibt in der Politik nichts absolut Gutes, alles ist relativ, und jede politische Handlung, sie mag aus den besten Motiven entspringen, hat ihre ungewollten und oft höchst unerwünschten Nebenwirkungen, und zwar um so mehr, je mehr sie absoluten Forderungen entspringt. "Nothing is good, but in proportion and with reference" (Edmund Burke). Das Absolute ist im Politischen ein Explosivstoff, der als solcher vielleicht einmal nötig sein kann; aber praktische Politik kann damit nicht getrieben werden, denn diese besteht immer nur darin, das relativ Beste zu tun. Allerdings das relativ Beste in einer konsequenten und aufsteigenden Linie und nicht im Sinne einer täglich schwankenden Kompromißpolitik.

Durch die Verabsolutierung des Staates erhält das jedem Staat, vor allem der Großmacht innewohnende Machtstreben eine fast religiöse Weihe. Das führt leicht dazu, daß die konträren Fernwirkungen politischer Handlungen übersehen werden, was innenpolitisch und außenpolitisch gleich verhängnisvoll ist. Innenpolitisch, weil die machtpolitisch motivierte Gleichschaltung auf die Dauer eine Verarmung des geistigen Lebens bedeutet, das zu seiner Fruchtbarkeit der Vielgestaltigkeit bedarf und weil die Unterdrückung jeder oppositionellen Meinung der Verstopfung eines Sicherheitsventils gleicht, das die Entstehung gefährlicher Spannungen hätte verhindern können. Außenpolitisch, weil jede aggressive Politik, ja auch schon ihre ideelle Vorbereitung, Gegenaktionen anderer Mächte hervorruft, und weil die schwärmerische Verherrlichung einer irrationalen Geschichtsdynamik im Ausland stärkstes Mißtrauen wachrufen muß, mit all seinen praktisch-politischen Folgen. Innenpolitisch ist nicht derjenige Staat der stärkste, der die Meinungen «gleichschaltet», sondern derjenige, dem es gelingt, die Einheit in der Vielheit zu verwirklichen. Daß für die Schweiz die Einheit in der Vielheit die einzig mögliche Lebensform ist, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Das setzt voraus, daß man auch den andern gelten läßt, aber allerdings auf dem Boden des gemeinsamen Willens zum Staat.

Wenn die schweizerische Demokratie bisher erfolgreich war, so verdankt sie es der Tatsache, daß sie kein Prinzip überspannte, sondern sich in seiner Anwendung einer nüchternen Mäßigung befleiß. Sie hat es vermieden, das demokratische Prinzip in der Praxis ad absurdum zu führen, sie hat neben Freiheit und Gleichheit auch Bindung und natürliche Unterordnung anerkannt. Gewiß ist es notwendig, gegenüber auflösenden Tendenzen, die Prinzipien der Autorität und Einordnung stärker zur Geltung zu bringen. Aber es ist ein Unfug, zu behaupten, es handle sich dabei für uns um einen Kampf zweier unversöhnlicher Weltanschauungen, und man müsse daran gehen, die Schweiz für eine ganz neue Staatsauffassung zu gewinnen. Die Schweiz hat bestanden und wird in Zukunft bestehen kraft ihrer Fähigkeit, die Prinzipien der Freiheit und Unterordnung, des Individualismus und Kollektivismus, der Idealismus und Empirismus in einer Synthese zu vereinigen, Prinzipien, die nur ein dem schweizerischen politischen Empfinden fremder Intellektualismus als f ü r u n s unversöhnliche weltanschauliche Gegensätze hinstellen

kann. Was uns not tut, ist nicht ein Umschlag von einem Extrem ins andere, sondern es sind lediglich gewisse Akzentverschiebungen.

*

Die im Rahmen der nationalen Erneuerungsbewegung aufgestellten Forderungen sollen hier nicht erörtert werden. Sie scheinen mir auch weniger wichtig zu sein nach ihrem sachlichen Gehalt, denn als Ausdruck eines kräftigen politischen Gestaltungswillens. Aber die nationale Erneuerung ist mit einigen institutionellen Veränderungen allein — deren Wert erst noch zweifelhaft ist — nicht erreicht. Wichtiger als diese oder jene Massnahme sind uns Männer. Die faschistische Ideologie fordert einen «staatstragenden Stand» als persönliches Fundament des Staates. Das kommt für uns nicht in Frage, da in der Demokratie der Staat nur auf der Gesamtheit des Volkes ruhen kann. Aber es ist auch bei uns so, daß die aktive Politik von verhältnismäßig wenig Männern wirklich gemacht wird und daß die große Mehrheit des Volkes sich mit der mehr passiven Rolle des Geführten begnügt. Wenn sich dieses Verhältnis von Führern und Geführten nicht ganz von selbst herstellen würde, wäre die Demokratie gar nicht möglich. Deshalb hängt entscheidendes Gewicht an diesen Führern. Wer sind nun heute diese Führer? Zum Teil sind es vorzügliche Männer. Aber es hat auch Leute, die durch langjähriges Erdulden endloser Behörde-, Kommissions-, Vorstands-, Partei- und Vereinssitzungen sich allmählich eine leitende Stellung ersessen und erredet haben. Weiter gibt es solche, die durch den Zufall einer Berufswahl Verbandssekretäre geworden sind und in dieser Eigenschaft parlamentarische Mandate erhalten. Was wir heute am dringendsten brauchen, ist ein p o l i t i s c h e s K a d e r, das heißt ein Stock von Männern, die für die politische Tätigkeit nach ihrer persönlichen Qualifikation und sachlichen Ausbildung besonders geeignet sind. Dazu braucht es nicht etwa eine neue Schule, vielmehr mögen die verschiedenen politischen Jugendorganisationen unseres Landes für eine solche politische Kaderbildung die geeigneten Stätten sein. Bisher ist in dieser Richtung viel zu wenig geschehen. Das zeigt sich nicht nur in der täglichen Politik mit ihrer häufig bemühen Mittelmäßigkeit, es zeigt sich auch in den verschiedenen Erneuerungsbewegungen, wo neben einigen politischen Begabungen doch auch viel politischer Dilettantismus zutage tritt. Wir verfallen leicht der Illusion, daß jeder Bürger, weil er im Besitze der vollen

politischen Rechte ist, auch zu allem berufen sei. Davon ist aber keine Rede. Wohl wird in jedem, der in der Schweiz aufgewachsen ist, das politische Sensorium irgendwie geweckt sein. Aber für eine führende Stellung braucht es mehr: es braucht eine spezifische politische Begabung; es braucht Erfahrung und Kenntnisse, die man sich nur in ernsthafter Arbeit erwerben kann. Man ist bei uns so sehr auf konkrete politische Ziele eingestellt, daß man meist übersehen hat, daß die politische Tätigkeit als solche eine Kunst ist, zu deren Beherrschung weder die Erreichung des 20. Altersjahres noch der Besitz grauer Haare genügt. Daher sollte die Ausbildung eines politischen Kaders und seine fortwährende Ergänzung eines der vornehmsten Ziele der nationalen Erneuerung unserer Demokratie sein. Wenn wirklich qualifizierte Männer Politik treiben und dafür gesorgt wird, daß ihre Arbeit nicht immer wieder durch politische Raufbolde gestört wird, lassen sich, glaube ich, auch die gegensätzlichen Standpunkte in einer Synthese vereinigen. Denn qualifizierte Männer werden innerhalb ihrer Parteien wirklich führend sein, und Führer können sich auch dort untereinander verständigen, wo bloße Parteimandatare miteinander streiten. Vor allem sind sie die Gewähr für politische Qualitätsarbeit. Gleich der schweizerischen Industrie kann auch die schweizerische Politik die Stellung unseres Landes in der Welt nur dann wahren, wenn es uns gelingt, gerade als Demokratie, nach innen und außen hochqualifizierte politische Arbeit zu leisten.

Goldwährung und Volkswirtschaft in der Schweiz

von Dr. Ernst Ackermann

Wohl noch selten haben Währungsfragen die Öffentlichkeit so beschäftigt wie in den heutigen Tagen. Mit gespannter Aufmerksamkeit wird der Wettkampf zwischen Dollar und Pfund um die Verschlechterung der Währung verfolgt. Leider vermag sich die Erkenntnis, daß stabile Währungen unerläßliche Voraussetzung für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung sind, nicht allgemein durchzuringen. Im Gegenteil, immer noch hat es den Anschein, als ob Wirtschaftspolitiker die wirtschaftliche Rettung nur in einem